



An den
Vorsitzenden des Rates

Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 06.06.2013

AN/0706/2013

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Stadtentwicklungsausschuss	13.06.2013

Kein Justizzentrum auf dem ehemaligen Gelände der Dom-Brauerei

Sehr geehrter Herr Klipper,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 13.06.2013 zu nehmen:

Die Stadt Köln plant, das ehemalige Gelände der Dom-Brauerei und die angrenzenden Flächen zum Sanierungsgebiet (Entwicklungsplanung Südliche Innenstadterweiterung/ ESIE) zu erklären. Kernziel ist die Vollendung des bereits in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts geplanten Inneren Grüngürtels. Die Grünzüge und insbesondere der Innere und Äußere Grüngürtel sind für die Stadt Köln ein wesentliches, strukturierendes Element. Die Vollendung des Inneren Grüngürtels findet daher auch Eingang in den Masterplan von Albert Speer.

Das NRW-Justizministerium plant laut Zeitungsberichten hingegen, auf dem Gelände in Bayenthal ein neues Justizzentrum zu errichten.

Antrag:

- I. Die Stadt Köln spricht sich gegen eine mögliche Verlagerung des Justizzentrums auf das ehemalige Gelände der Dom-Brauerei aus. Eine Ansiedlung auf dem ehemaligen Gelände der Dom-Brauerei muss verhindert werden, um die geplante - und von den Bürgern gewünschte - Stadtgestaltung einschließlich der Verwirklichung des Inneren Grüngürtels (- bzw. Standortgestaltung) nicht zu konterkarieren.
- II. Falls seitens des Landes eine Verlagerung des Justizzentrums geplant ist, ist von der Stadtverwaltung sicherzustellen, dass die Entwicklungsplanung Südliche Innenstadterweiterung hierdurch nicht gefährdet wird.

Begründung:

Die Errichtung des Justizzentrums auf dem ehemaligen Gelände der Dom-Brauerei konterkariert jegliche Bemühungen, den Übergang zwischen der südlichen Innenstadt und Bayenthal zu einem lebendigen Viertel zu entwi-

ckeln. Es ist eine „Totberuhigung“ der südlichen Innenstadt zu befürchten - die Schaffung von grünen Flächen würde der Entstehung einer eingezäunten Betonwüste weichen.

Mit der Entwicklungsplanung Südliche Innenstadterweiterung (und dem entsprechenden Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion für die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 15.12.2011) ist der Bau eines Justizministeriums an besagter Stelle in keiner Weise vereinbar und darf daher an dieser Stelle auch nicht weiter planerisch verfolgt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Götz
Fraktionsgeschäftsführer